Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8861**

14. Wahlperiode 24. 04. 2002

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die NATO vor der Erweiterung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die erste Runde der Erweiterung der NATO mit Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik hat sich positiv auf die Stabilität in Europa ausgewirkt. Ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Zusammensetzung der nächsten Beitrittsrunde ist das Ziel, die Sicherheit und Stabilität in ganz Europa weiter zu erhöhen. Zur Stabilisierung der gesamten euroatlantischen Region kann die NATO-Erweiterung in besonderer Weise beitragen.

Im Grundsatz sollte allen Ländern, die bereits Mitgliedstaaten der europäischen Union sind oder den EU-Kandidatenstatus haben, die Möglichkeit gegeben werden, der NATO beizutreten.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass die Länder Slowenien, Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien und Rumänien ihre Beitrittswünsche überzeugend begründet und in den letzten Jahren durch erhebliche Reformbemühungen im Inneren und durch konkrete Kooperation bei Sicherheitsfragen untermauert haben. Er geht davon aus, dass die genannten Beitrittskandidaten ihre Bemühungen im Rahmen des „Membership Action Plan“ bis zu dem NATO-Gipfel in Prag und darüber hinaus fortsetzen.

Albanien und Mazedonien haben ebenfalls beachtliche Reformbemühungen eingeleitet. Bis zum Erreichen der Beitrittsreife zur NATO sind allerdings erhebliche weitere Anstrengungen erforderlich.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf der Grundlage der hier dargestellten Erwägungen bereits vor dem Prager Gipfel einen breiten europäisch-amerikanischen Konsens zur Frage der Einladung neuer Allianzmitglieder anzustreben;
2. alle Aspiranten bei der energischen Fortsetzung ihrer Reformbemühungen weiterhin intensiv bilateral zu unterstützen;
3. die Politik der „Offenen Tür“, wie sie die Allianz 1995 verkündet hat, auch nach dem Prager Gipfel fortzusetzen und insbesondere Albanien und Mazedonien auf ihrem Weg in die NATO weiterhin zu unterstützen.

Neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem Stabilitätspakt für Südosteuropa und der EU-Integrationsperspektive ist die Bildung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur eines der wichtigsten Instrumente für die Stärkung von Sicherheit und Stabilität in ganz Europa. Dieses Ziel liegt im Interesse aller Staaten der Region. Zu Fortschritten in diese Richtung kann eine handlungsfähige und künftig erweiterte NATO wichtige Beiträge leisten.

Der Deutsche Bundestag begrüßt nachdrücklich die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland, insbesondere durch die Initiative zu einem neu gestalteten NATO-Russland-Rat. Er unterstützt weiterhin die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO-Ukraine-Charta, der „Partnerschaft für den Frieden“ und der Parlamentarischen Versammlung der NATO.

Berlin, den 24. April 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333